

**SPD-Ratsfraktion
CDU-Ratsfraktion
Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
FDP-Ratsfraktion**

28. 1. 2010

Herrn Oberbürgermeister
Frank Baranowski

Rathaus Buer

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP beantragen, zum Tagesordnungspunkt

„Beabsichtigte Anti-Islam-Konferenz im Rahmen des pro NRW-Parteitages am 27. März 2010 im Schloss Horst und geplante pro-NRW-Aktivitäten am 26. März 2010 in Gelsenkirchen – Sachstandsbericht der Verwaltung und Diskussion“

der Sitzung des Rates am 28.1.2010 die folgende Resolution zu beschließen.

Die Absicht von **Pro NRW - Kreisverband Gelsenkirchen**, Mahnwachen vor Moscheen aufzustellen und die Gelsenkirchener Moscheen in einer Kartographie fotografisch zusammen zu fassen, stellt einen neuen Höhepunkt der fremdenfeindlichen Aktionen dieser rechtspopulistischen Organisation dar. Die politisch und juristisch nicht zu verhindernde Bereitstellung von Schloss Horst für einen Landesparteitag von pro NRW zur Vorbereitung von Aktivitäten zu einem europaweiten Minarettverbot verliert im Rahmen der geplanten gesamten Aktionen an Bedeutung. Der Rat der Stadt Gelsenkirchen hat schon in den Jahren 2008 und 2009 klar und unmissverständlich Position bezogen und sich von den rechtspopulistischen Ideologen nicht auseinander dividieren lassen und sich deutlich gegen jegliche Versuche, den Islam und seine Moscheen bewusst öffentlich zu diffamieren, ausgesprochen. So hat er sich u. a. am 11. Dezember 2008 einer Resolution der Demokratischen Initiative angeschlossen, deren Leitmotiv „Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Hass: MIT MIR NICHT! In Gelsenkirchen ist für jeden Platz“ war.

Das Brandmarken von Gebetshäusern und das Bedrängen von Gläubigen erinnern an Vorgänge zu Zeiten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und machen in aller Klarheit deutlich, was von **Pro NRW - Gelsenkirchen** zu halten ist. Die Protagonisten dieser Partei demaskieren sich selber.

Der Rat der Stadt Gelsenkirchen und die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben solchen Bestrebungen auch in der Vergangenheit ein entschiedenes „Nie wieder“ entgegengesetzt. Dieses „Nie Wieder“ ist ein permanenter Auftrag an alle Demokraten, sich in Gelsenkirchen vor jeden zu stellen, der in unserer Stadt friedlich seine Religion ausübt und deshalb angefeindet und bedroht wird. Er hat einen dauerhaften Anspruch auf Schutz durch die Gemeinschaft aller Demokraten.

Der Rat der Stadt verurteilt, dass der Parteitag von pro NRW im Schloss Horst stattfinden kann. Einzig der Respekt vor der Entscheidung unabhängiger Gerichte gebietet uns als Demokraten, diese Entscheidung zu akzeptieren. Inhaltlich akzeptieren werden wir solche Veranstaltungen nie. Fremdenhass und Intoleranz haben in einer Stadt wie Gelsenkirchen, in der die Zuwanderung historisch schon immer eine große Rolle gespielt hat, keinen Platz.

Der Rat der Stadt Gelsenkirchen ruft daher alle Bürgerinnen und Bürger dazu auf, ihrer Ablehnung gegenüber den geplanten Aktionen ebenso gewaltfrei wie friedlich, aber entschieden zum Ausdruck zu bringen.

Dr. Klaus Haertel
Fraktionsvorsitzender

Werner Wöll
Fraktionsvorsitzender

Peter Tertocha
Fraktionsvorsitzender

Susanne Schaperdot
Fraktionsvorsitzende